

Ressort: Politik

Verfassungsschutzämter wollen sich in Sachen AfD absprechen

Berlin, 07.09.2018, 16:35 Uhr

GDN - Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern wollen eine gemeinsame Linie zum Umgang mit rechtsextremen Tendenzen in der AfD vereinbaren. Noch im September solle es dazu ein Treffen der Behörden geben, sagte Lorenz Caffier (CDU), Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Samstagsausgaben).

Dies habe Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) am Freitag bei der Konferenz der Innenminister in Wiesbaden erklärt. "Wir haben uns darauf verständigt, dass die Verfassungsschutzbehörden selbständig aktiv sind", so Caffier. Politik sollte sich da nicht einmischen. Nach Ausschreitungen und Schulterschluss von AfD und der ausländerfeindlichen Pegida-Bewegung in Chemnitz bestehe aber Anlass zum Handeln. Die einzelnen Verfassungsschützer sollten ihre Erkenntnisse über rechtsextreme Strömungen in der AfD vergleichen, dann ein gemeinsames Vorgehen besprechen. Bremen und Niedersachsen beobachten bereits die Junge Alternative, den Jugendverband der AfD. Caffier fordert Bewegung beim Thema. "Ich habe immer gesagt, dass ich eine bundeseinheitliche Lösung haben möchte." Man müsse aber aufpassen, "dass wir nicht Märtyrer schaffen".

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-111543/verfassungsschutzaeemter-wollen-sich-in-sachen-afd-absprechen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619